

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementpreis:
vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg. durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfg.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einrückungsgebühr:
die einspaltige Zeile oder deren
Raum 6 Pfennig.
Anzeigen die Montag, Mittwoch
und Freitag bis Vormittags 10
Uhr eintreffen, finden Ausnahme

Neununddreißigster Jahrgang.

Nro. 8.

Winnenden, Dienstag den 18. Januar

1887.

Winnenden.

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle.

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung I. §§. 43 ff. wird folgendes bekannt gemacht:

I. Zum Zweck der Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle haben sich in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar 1887 bei der Ortsbehörde zu melden:

1) Alle im Kalenderjahr 1867 geborenen und daher mit dem Beginn des Jahres 1887 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem deutschen Reiche angehören (einschließlich derjenigen, welche die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Dienst erlangt haben.)

Diese haben bei der Anmeldung ihr Geburtszeugniß vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht in ihrem Geburtsort selbst erfolgt.

2) Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen und zwar solange bis eine endgiltige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist. Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Ausschließungsgründe, wegen zeitiger Untauglichkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse oder als überzählig Zurückgestellten.

Diese Anmeldungspflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahr erhaltenen Loosungsschein vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in Betreff des Wohnsitzes, des Gewerbes, des Staates etc.) dabei anzuzeigen.

Befreit von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Ersatzbehörden ausdrücklich hievon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

3) Eingewanderte, bei früheren Aushebungen Uebergangene etc. (R.-M.-G. §. 11), welche im militärpflichtigen Alter stehen.

II. Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Orts zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.

Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt, ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daher haben sich Haus- & Wirtschaftsbearbeiter, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Dienstboten, und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Ort zur Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur Tags über wegen ihres Dienstes dahin kommen und an einem andern Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen den Fall, daß sie ihre Wohnung in einem andern Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem sein, oder sofern er noch nicht selbständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt, noch einen Wohnsitz hat, hat sich in seinem Geburtsort, und wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter den letzten Wohnsitz hatten.

III. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. II. zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdienner, auf See befindliche Seeleute etc.) so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr-, Brod- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.

IV. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Ort derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.

V. Die Versäumung der Meldepflichten entbindet nicht von der Meldepflicht; ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Gestellungspflicht, d. h. von der Verpflichtung in den von den Ersatzbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.

VI. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Den 8. Januar 1887.

Stadtschultheißenamt
Jent.

Winnenden.

Im Wege der Zwangsversteigerung durch den Gerichtsvollzieher wird nächsten
Freitag, den 21. Januar
Nachmittags 1 Uhr

im Hof des Gerichtsvollziehers
ein Pferd (Schimmel)
an den Meistbietenden ver-

kauft, wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Gerichtsvollzieher Mast.

Winnenden.

Die Wächter

von dem Schelmenholz- resp. Bürgerstücke, welche noch nicht nach ihren Bäumen gesehen haben, werden freundlichst gebeten, dies sofort zu thun. Die stark Beschädigten können sich auf unserer Liste vom 14. ds. Mts., welche bei Löwenwirt Hahn aufliegt, unterzeichnen. Die Liste wird am 19. ds. Mts., Abends 8 Uhr abgeholt.
Das Comite.

Winnenden.

Empfehlung.

Unterzeichneter empfiehlt seine neuesten Tapetenmuster zur gefälligen Benützung; dieselben enthalten eine reiche Auswahl geschmackvollster Dessins, das Stück schon von 18 Pfennig bis zu den feinsten. Zugleich empfehle ich mich in

Lackier- und Anstricharbeiten
jeder Art und werden solche aufs beste und billigste ausgeführt.

W. Schweizer, Maler.

Winnenden.

Schlittschuhe

Robert Hahn.

empfeht

Winnenden.

Dienstag den 18. Januar
Abends 8 Uhr

Die Alten

bei E. Rometsch z. Storchen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Aelteste.

Winnenden.

Sardellen, prima holl. Häringe,

frisch eingetroffen
empfeht
A. Sommer Bwe.

Winnenden.

Arbeiter

sucht sofort
J. Kürner, Schuhmacher.

Die Württemb. Sparkasse in Stuttgart

leibt gegen reichliche unterpfändliche Sicherheit stets Gelder zu 4 Prozent aus. — Gut situirte Gemeinden erhalten zu diesem Zinsfuß Anlehen auf einfachen Schuldschein.

Winnenden.

**Erbsen,
Bohnen,
Linsen,**

in guttuchender Waare
empfehlen

A. Sommer Wwe.

Ein Kaufmädchen,

nicht unter 14 Jahren, wird bis Licht-
mess gesucht.

Von wem? sagt die Redaktion.

Ein jüngeres

Mädchen,

im Alter von 16 bis 17 Jahren, wird
für Feld- und Hausgeschäft bei guter
Behandlung bis Lichtmess gesucht.

Von wem? sagt die Redaktion.

✠ Trauben-Curschriften gratis. ✠

Brust- & Lungen-Leidende
und solche Personen, welche an
**Husten, Katarrh, Heiserkeit,
Verfälschung** etc. leiden, seien
hiermit wiederholt auf die seit 21
Jahren bewährte Vorzüglichkeit des
ächten rheinischen

Trauben-Brust-Honigs

als das reinste,
edelste und natür-
lichste, für Erwach-
sene wie Kinder
gleich angenehmste
und zuträglichste
Haus- und Genußmittel, welches
überhaupt geboten werden kann,
aufmerksam gemacht.

Prospecte mit Geb.-Anw. und
vielen Attesten bei jeder Flasche.
Niederlage in **Winnenden** bei
Apotheker **Franz Schmid.**



Winnenden,
Oberamts Waiblingen.

Eichenstammholz-Verkauf.



Festmeter, verkauft.

Zusammenkunft im Schlag.
Den 15. Januar 1887.

Am **Freitag, den 21. Januar,**
von vormittags 10 Uhr an

werden im hiesigen Gemeindefeld, obern Zud-
mantel, Schlag zwölf, 57 Eichenstämme, mehrere
starke Hölzer bis zu 5 Festmeter, zusammen 101

Schultheißenamt
L ä p p l e.

Revier Reichenberg.

Brennholz-Verkäufe.



Am **Freitag, den 21. Januar** aus Hinterseelach bei
Zell: Am.: 95 buchene, 84 birkene Scheiter und
Prügel, 3 eichene, 1 erlene, 13 aspene Prügel,
13 Anbruch; Wellen: 20 eichene, 3370 buchene,
1100 birkene, 380 aspene und etwas Mahden-
reis und Schlagraum.
Zusammenkunft vormittags 10 Uhr im Schlag.
Am **Samstag, den 22. Januar,** vormittags 10 Uhr in der
Hammerschmiede bei der Bernhaldenmühle aus Spiegelbergerbrück:
Am.: 2 eichene Scheiter, 17 dto. Prügel, 82 buchene Scheiter, 24 dto.
Prügel und Anbruch, 138 dto. Knochholz; Wellen: 250 eichene und 3270
buchene.

Winnenden.

Unterzeichneter ist geneigt, sein

Wohnhaus

mit gewölbtem Kel-
ler und Scheuer im
untern Saal zu verkaufen.
Viebhaber können einen Kauf abschließen
mit
Johannes Luckert.

300 Mark

werden gegen gute Sicherheit sogleich
aufzunehmen gesucht.

Von wem? sagt die Redaktion.



Am Sonn-
tag abend
ging auf
dem Wege von Schwaib-
heim nach Winnenden
eine kleine schwarze **Tübet-
jade** verloren. Der reo-
liche Finder wird gebeten, solche bei der
Redaktion d. Bl. abzugeben.



Schuhfett Marke Büffelhaut,
bewährtestes Lederservir-
mittel, macht Stiefel wasserdicht,
weich und dauerhaft beim Wachsen
sofort wieder Glanz. Auch für Fuhr-
geschirr etc. vorzüglich. Nur echt
in Büchsen m. nebiger Schutzmarke,
1/2 & 20 S., 1/2 & 40 S. in den
meisten Handlungen. En-gros bei
G. Hasner, Stuttgart.

Winnenden.

Gebrannte Kaffee
empfehlen **C. F. Binz.**
Eigene Brennerei.

500 Mark

werden bis Lichtmess gegen Bische Ver-
sicherung aufzunehmen gesucht.

Von wem? sagt die Redaktion.

Bilhardts Hof.

Ein 14 Wochen trächtiges



Mutterschwein,

Blausched, hat zu verkaufen
Karl Bidle.

Winnenden.

Die projektierte und im Volks- und
Anzeigblatt ausgeschriebene

Schlittensahrt

nach Korb ist wegen zu geringer Be-
theiligung leider verfrachtet.

A. K.

Bisher unerreicht in seiner
Heilwirkung gegen Lungen- und
Halstkrankheiten ist der seit Jahren
erprobte **Homeriana-Thee,**
welcher mit dem denkbar größten
Erfolge, selbst von medizinischen
Autoritäten gegen Schwindel,
Asthma und Kehlkopfentzündung an-
gewendet wird. Die geradezu über-
raschenden Heilresultate sind in
einer Broschüre zusammengestellt,
welche in mehrfacher Auflage
bereits erschienen und durch das
Central-Depot dieser Heilpflanze
von Herrn **H. Wolffsch, Ber-
lin U., Weissenburgerstr. 79**
unentgeltlich zu erhalten ist.

Schuld- und Bürgscheine
empfehlen **C. Guf, Buchdrucker.**

In der allgemeinen wirtschaftlichen Lage

scheint sich die leidige Krisis, die nun schon meh-
rere Jahre den Weltmarkt beherrscht hat, ihrem
Ende zuzuneigen. Hier und da sind auch bereits
Anfänge einer Wendung zum Besseren, eines leich-
ten Aufschwunges in Handel und Wandel, bemerk-
bar. So wird übereinstimmend in den im neuen
Jahre herausgegebenen Handelskammerberichten
konstatirt, und die Mitteilung ist wohl geeignet,
Freude zu erwecken. Die reich bevölkerten In-
dustriecentren in Deutschland haben die Folgen
der flauen Geschäftslage gar sehr bemerkt; nur
wenige Branchen haben sich unberührt erhalten
oder gar Fortschritte gemacht. Es kann aber
nicht jeder Fabrikant Kriegsmaterial herstellen,
denn diese Industrie steht heute thatsächlich am
besten da. Wir dürfen allerdings auch nicht ver-
gessen, daß wir gerade hier im deutschen Reich
Firmen von anerkanntem Weltruf besitzen: Krupp
in Essen, Grouson in Magdeburg, Schwarzkopf
in Berlin, Schichau in Elbing, die großen Schiffs-
bau-Gesellschaften „Vulkan“ in Stettin und „Ger-
mania“ in Kiel, und wie sie alle heißen, sind muster-
giltig. Auf anderen Gebieten drückte aber die
Ueberproduktion um so stärker. Entweder herrschte
direkter Mangel an Absatz, oder die Preise waren
dermaßen gedrückt, daß der reelle Nutzen auf den
Gefrierpunkt sank, und verschiedentlich nur im
Interesse der Arbeiter die Thätigkeit fortgesetzt
wurde. Mit Ausbietung aller Kräfte hat die
deutsche Industrie gearbeitet, um, trotz der er-

schweren Umständen, im Auslande aller Kon-
kurrenz die Spitze zu bieten. Im großen und
ganzen ist es ihr gelungen, die Ueberflügelung zu
verhüten, die inne gehabte Position zu behalten
und zu erweitern, und darauf kann sie stolz sein.

Die Handelskammerberichte konstatieren nun,
daß eine Wendung zum Besseren sich bemerkbar
zu machen beginnt. Die Flut der internationalen
Ueberproduktion, gegen die längere Zeit nicht auf-
zukommen war, fängt an, sich zu verlaufen, und
demgemäß tritt wieder eine regere Nachfrage ein,
die wieder die sehr nötige Hebung der Preise im
Gesolge haben wird. Der Umschwung kann sich
nicht mit einem Schlage vollziehen, langsam än-
dern sich die Verhältnisse und machen günstigeren
Zuständen Platz. Aber es ist doch ein Anfang
da, und das ist vor allem eine Trost er-
weckende Thatsache. Ein neuer kräftiger Auf-
schwung der Industrie würde aber noch nach einer
anderen Seite hin einen kräftigen Rückschlag aus-
üben, nach der Seite des Geldmarktes. Der In-
dustrie fehlte es an Geldbedarf, das Geld staute sich
und es entstand ein Ueberfluß, der wieder das
enorme Sinken des Zinsfußes veranlaßte. Wenn
vor zwanzig Jahren ein Mann mit 20 000 Thalern
wohlhabend genannt wurde, so hat er heute bei
sicherer Kapitalanlage knapp so viel Zinsertrag,
um davon leben zu können. Wird nun auch nicht
so schnell eine Zinserhöhung eintreten, so wird
doch ein Kursniedergang bei Papieren mit ge-
ringen Zinsen nicht zu vermeiden sein, und auch
das ist schon von Bedeutung.

Ein allgemeiner Wirtschaftsausschwung würde
besonders auch der Landwirtschaft zu Gute kommen.
Der Nutzen für Industrie und Landwirtschaft be-
ruht auf Wechselwirkung. Einem von beiden
Teilen allein kann es nie ungünstig gehen, die
Krisis, welche den einen Teil trifft, fällt auch auf
die andere zurück. Die Landwirtschaft litt gleich-
falls unter Ueberproduktion. Wenn nun auch
beim Kornbau wohl so schnell kein Wechsel er-
folgen wird, in der Viehzucht wird sich das schon
bemerkbar machen. In Nordamerika sind die
Preise für Vieh und Fabrikate aus der Viehzucht
ebenfalls derart herabgegangen, daß die Massen-
produktion sich nicht recht mehr lohnt, und daraus
wird von selbst sich eine Einschränkung ergeben,
die unserer Landwirtschaft wieder zu Gute kommen
muß. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Krisis,
welche wir gehabt, nicht die erste des Jahrhunderts
gewesen ist. Es gab schon schlimmere Zeiten, in
welchen die Arbeit sich nicht mehr bezahlt machte,
aber die sind überwunden, und auch aus den
jetzigen, nicht überall günstigen Verhältnissen wer-
den wir herauskommen. Der Weltmarkt ist ein
kompliziertes Ding, der sich langsam, aber stetig
selbst reguliert und sich auf die Dauer nicht künst-
lich zwingen läßt. Wir haben das zuletzt zu
Anfang unseres Jahrzehnts gesehen, und werden
es jetzt wieder erleben.

Deutscher Reichstag.

Berlin. Schluß der Reichstags-Sitzung
vom 12. Jan. Abg. Graf Vehr (freikons.) befür-

wortet die Vorlage und besonders eine 7jährige Bewilligungsdauer. Die freisinnige Partei und das Zentrum haben sich mit den Sozialdemokraten verbunden, um die Vorlage zu Fall zu bringen. Wie eine Partei, die sich eine kirchliche nennt, wie das Zentrum, sich mit den Sozialdemokraten verbinden kann, ist mir unverständlich. Die Herren Windthorst und Richter verdanken ihre Namen nur ihrer Opposition gegen den Reichskanzler; ich hoffe aber, daß sie nicht durchbringen, daß das Plenum des Hauses zu einem besseren Beschluß gelangen wird, wie die Kommission, und daß es dem zustimmen wird, was für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist. Abg. Dr. Windthorst: Dem verehrten Herrn Vorredner antworte ich, daß Parteigenossen von ihm für Sozialdemokraten gegen Zentrumskandidaten gestimmt haben und bei der Schlußabstimmung über dies Gesetz werden Sozialdemokraten und Konservative ja auch zusammengehen. Der Sozialdemokratie wird mit den ununterbrochenen militärischen Forderungen der größte Dienst geleistet. Redner kommt dann auf die Neußerung des Reichskanzlers in Bezug auf Hannover zurück. König Georg von Hannover hat wiederholt um Friedensunterhandlungen gebeten, scheint aber deshalb abgewiesen worden zu sein. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Wenn man selbst im Glashause sitzt, darf man nicht mit Steinen werfen. Der König hat nichts anderes gethan, als gewisse Staatsmänner, die zur Zeit des Bestandes des deutschen Bundes diesen zu sprengen suchten und die ungarische Legionen gegen ihre Landesherren führten. Die Bezeichnung „Welfe“ nehme ich ruhig hin, das ist ein Ehrentitel. Der Reichskanzler hat gestern die Karolinenfrage als eine Kumerei bezeichnet. Als man den Papst zum Schiedsrichter in dieser Sache machte, stand die Sache ganz anders. Die gestrige Rede des Reichskanzlers rechtfertigt die Ablehnung der Vorlage am besten. Auf Grund der Autorität des Grafen Moltke und des Kriegsministers bewillige ich jeden Mann und jeden Groschen, nicht auf die Rede des Reichskanzlers hin. Die Parole „kaiserliche oder Parlamentsarmee“ werde keine Wirkung haben, denn es denke kein Mensch daran, in die Rechte der Krone einzugreifen. Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, aber nur auf 3 Jahre. (Beifall, Zischen.) Fürst Bismarck: Der Vorredner mutet uns zu, daß wir uns von dem nächsten Reichstag die Vorlage aufs neue und dann auf 3 Jahre bewilligen lassen sollen. Kann denn die Majorität nicht wechseln? Können wir nicht ganz geänderten Verhältnissen gegenüberstehen? Nach 7 Jahren ist das freilich ebenso wenig berechenbar, aber in diesem Zeitraum wird man einerseits die Ausbildung der neuen Truppen besser fördern und dann die Hoffnung haben können, zu neuen Kompromissen zu gelangen. Gerade im Interesse der Kompromisse halte ich unbedingt an den 7 Jahren fest. Im Zentrum vereinigen sich viele heterogene politische Elemente, sind Sie sicher, daß sich diese Vereinigung immer erhalten wird? Sind Sie selbst der Fortdauer dieser Vereinigung bei den nächsten Wahlen sicher? Ich erinnere an Bayern, dort ist im Zentrum Einigkeit, soweit die Interessen der katholischen Kirche in Betracht kommen, sind aber diese gesichert, so dürften sich dort Differenzen aller Art herausstellen. Keine Verfassung kann ohne Kompromisse bestehen. Die Sorge für die Verfassung und für das Volk ist auf unserer Seite. Ich nenne Parlamentsarmee eine solche, welche von der Abstimmung des Parlaments abhängig ist; davon kann und soll bei uns nicht die Rede sein. Als wir Ihnen die Verfassung und damit so viele Freiheiten und Rechte gaben, haben wir nie gedacht, daß es zu so elenden Streitigkeiten kommen würde, wie die, welche hier vorliegen. Wenn dergleichen möglich ist, dann haben wir uns in Ihnen geirrt, auch das Volk hat sich in Ihnen geirrt. Ich bleibe dabei, die Verfassung ist auf unserer, nicht auf Ihrer Seite. Wenn ich übrigens von einer kaiserlichen Armee spreche, so möchte ich gewiß nicht der Heereshoheit der einzelnen Souveräne und Bundesstaaten zu nahe treten. Das Beispiel mit der Marine ist unzutreffend. Sie wollen hier von Ihrem Budgetrecht Besitz ergreifen. Dieses würde Ihnen nicht bestreiten sein, wenn Sie auf unsere Vorschläge eingehen wollten. Fürst Bismarck verbreitet sich nun über die Zusammensetzung der Opposition aus Zentrum, Freisinnigen und Sozialdemokraten u. s. w. Alle diese Fraktionen bildeten stets ein geschlossenes Ganzes gegen die Regierung. Auf die

Bürgerschaft für den Frieden, die Windthorst übernommen, könne er sich nicht einlassen. Auf die Möglichkeit, daß uns die Franzosen nicht angreifen, kann ich mich doch nicht verlassen! Was nützt es, wenn ich sage, die Franzosen sind heute ungefährlich? Muß denn dies nun immer so bleiben? Sollen wir uns nicht auch auf andere Eventualitäten vorbereiten? Was die Karolinen-Frage betrifft, so wird man mir doch wohl zugeben, daß es nicht geraten war, um dieser Angelegenheit wegen mit Spanien zu brechen und in einen Krieg zu geraten. Möge man doch nicht die Arbeiterfrage hier hereinziehen; auf des Kaisers Ruf wären sicher die Arbeiter allezeit bereit, für das Vaterland einzutreten. Ich habe die Sache des Königs von Hannover nicht angeregt, ich habe nur von den Folgen gesprochen, welche eine Niederwerfung Deutschlands durch die Franzosen herbeiführen könnte. Die Hannoveraner sind eine Stütze des Kaisers, das kann ich aber doch von der Partei hier im Hause nicht sagen. Es ist richtig, daß wir Verhandlungen mit dem König von Hannover abgewiesen haben, aber noch schändlicher sind wir 1866 von Hannover abgewiesen worden. Alle unsere Vorstellungen und Bitten um Anschluß hat Hannover unbeachtet gelassen, alle vorher uns gemachten Zusagen wurden nicht gehalten. Während der Verhandlungen wurde gegen uns gerüstet. Also liegt kein Grund vor, daß Windthorst sich hier heute so ereifert. Ich kann nur nochmals um Annahme der Vorlage in ihrem vollen Umfange bitten. Meine Ueberzeugung und Entschlossenheit, daß auch in 3 Monaten von der Vorlage in ihrem vollen Umfange nicht ein Haar breit abzulassen sei, wird dieselbe bleiben. Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Es folgt noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Windthorst erklärt, die Bemerkungen Bismarcks über Hannover seien unzutreffend, er werde darauf zurückkommen. Schluß 5 1/2 Uhr. Fortsetzung morgen 11 Uhr.

13. Jan. 11 Uhr 20 Minuten. Haus und Tribünen abermals dicht besetzt. Die zweite Lesung der Militärvorlage wird fortgesetzt. Abg. Graf Moltke (tonf.): Ich habe meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß keine der größeren Parteien des Hauses es abgelehnt hat, die Verstärkung der Armee im Interesse der Sicherheit des Reiches zu bewilligen und daß nur über die Zeitdauer noch Differenzen bestehen. Ich habe aber gleichzeitig ausgesprochen und wiederhole, daß eine Bewilligung auf kurze Zeit, auf 3 Jahre, nicht nützt, da die Bewilligung erst im Laufe einer längeren Reihe von Jahren wirksam wird. Es ist mindestens eine 7jährige Frist erforderlich. Abg. v. d. Deden (Welfe) bestreitet, daß die politische Lage so gefährlich sei, als sie dargestellt werde und verwahrt sich und seine Partei gegen den Vorwurf mangelnden Patriotismus. Die einzige Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens würde die organische Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem deutschen Reiche sein. Wenn das Vertrauen Europas gewonnen werden sollte, so müsse mit der Anektionspolitik gebrochen, Hannover wieder hergestellt werden. Abg. Richter-Hagen (Freis.): Der Herr Reichskanzler sprach gestern von einer heterogenen Reichstagsmehrheit; wenn es aber um Unterstützung seiner eigenen Politik sich handelt, dann fragt er nicht nach Heterogenität. Auf allen Gebieten der inneren Politik, auf denen der Reichskanzler sich großer Erfolge rühmt, erzielte er diese Erfolge mit Hilfe der Zentrumsparthei. Wir freuen uns, wenn das Zentrum wenigstens da auf unserer Seite ist, wo es sich um die Wahrung eines gewissen Minimums von Rechten handelt. Was in der bulgarischen Frage empörte, ist, daß die offiziöse Presse in Berlin fast applaudierte zu dem Schurkenstreiche in Sofia. Auch nationalliberale Blätter, selbst die von sächsischen Regierungsgeldern bezahlte „Leipz. Ztg.“ und die konservativen „Dresd. Nachr.“ haben ihre Empörung darüber ausgesprochen. Lediglich gegen diese Haltung der offiziellen Presse hat die unabhängige Presse Stellung genommen, sowie dagegen, daß Deutschland der bulgarischen Justiz in die Arme fiel, um die Bestrafung der Hochverräther zu verhindern. Aus der Darlegung des Reichskanzlers geht hervor, daß die Lage friedlicher ist, als wir selbst annehmen. Rein deutscher Fürst würde es ja verantworten können, in Zeiten der Gefahr den Reichstag aufzulösen. Es ist eine Eigentümlichkeit des Herrn Reichskanzlers, Deutsche vor dem Auslande herabzusetzen. Wir protestieren dagegen. In Oesterreich-Ungarn hat es sich nur um eine Verbesserung der Waffe und um die Bewilligung einiger Millionen gehandelt, und dort ist man den Delegationen in weitestem Maße entgegengekommen. Wie ist denn bei uns die Bewaffnung mit Repetiergewehren bewilligt? Es ist in aller Stille

geschehen, so daß man wenig davon erfahren hat. Die französische Kammer beschäftigt sich seit 6 Monaten mit dem Boulanger'schen Gesetzentwurf und erst die erste Abteilung desselben ist zur Entscheidung reif. Der französische Minister vermeidet in seinem Entwurfe eine Mehrbelastung. Die Präsenz im Sommer wird um 41 000 Mann erhöht, dafür soll sie im Winter niedriger sein. Bei seinen Beschlüssen in der Polenfrage, von denen der Herr Reichskanzler sprach, hat sich der Reichstag lediglich von nationalen Rücksichten leiten lassen. Wir sind jetzt bereit, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen; bisher vertrat ich diesen Standpunkt nicht, aber ich habe mich überzeugt, daß es geboten ist, minderwertige Meinungsverschiedenheiten aufzugeben. Die Behauptung, daß ein Parlamentstheater geschaffen werden soll, beruht auf einer Uebertreibung. Der Generalstab, die Minister u. unterliegen der alljährlichen Bewilligung Seitens des Parlamentes. Haben wir deshalb einen Generalstab der Herren Dr. Windthorst, Grillenberger und Richter? Haben wir deshalb Minister der Herren Dr. Windthorst, Grillenberger und Richter? Vor wenigen Wochen noch hat man an einem Nachgeben der Regierung in der Zeitfrage nicht gezweifelt. Die konservative Presse erklärte, daß die Frage, ob 7 oder 3 Jahre, gleichgültig sei. Der Theorie des Herrn Reichskanzlers, daß, wenn jetzt hier nichts zu stande komme, der Kaiser auf Grund der Verfassung noch weiter gehen könne, als dies in der Vorlage geschieht, würde zu viel Ehre mit einer Widerlegung geschehen. Wegen ganz geringer Ursache soll der Reichstag aufgelöst werden, er soll aufgelöst werden, weil die Regierung schon jetzt das Recht haben will, auch nach Ablauf dreier Jahre keine Dispositionsurlauber mehr zu entlassen, als auf Grund dieses Gesetzes. Es handelt sich nicht um eine rein militärische Frage, sondern um die Anpassung der militärischen an die volkswirtschaftlichen Interessen. Der Reichskanzler verfährt nach dem Grundsatz: Macht geht vor Recht! Seine Politik ist beherrscht von Mißtrauen, weniger vor dem Auslande, als vor dem eigenen Volke. Die Reichstagsauflösung ist eine Mißtrauenskundgebung gegen das Volk. Das absolutistische Regiment ist infolge innerer Haltlosigkeit zu Grunde gegangen, der Reichstag ist durch die Notwendigkeit hervorgerufen und jetzt soll er nur Ornament sein? Der Reichstag nach dem Ideal des Reichskanzlers ist eine Geldbewilligungsmaschine, die ohne Reibung funktioniert. Redner verliest zum Schluß eine Erklärung seiner Fraktion, worin ausgesprochen wird, daß diese an ihrer Haltung festhalten werde, gleichviel in welcher Zahl sie aus den Neuwahlen hervorgehen werde. Wir wissen, daß die Zukunft uns gehört. (Beifall links.) Abg. Buhl (natlib.) tritt für die unveränderte Annahme der Vorlage ein. Im Interesse der Sicherung des Friedens, im Interesse der Sicherheit des Reiches und im Interesse einer ruhigen und stetigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse bitte ich, der Vorlage ganz und voll zuzustimmen. (Beifall.) Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Behauptung des Abg. Richter, daß ich der bulgarischen Justiz in den Arm gefallen bin, muß ich widersprechen. Nur von Hinrichtungen ist im Interesse des Friedens abgemahnt worden. (Redner verliest die betreffenden Aktenstücke.) Ich habe mir von dem deutschen Geschäftsträger in Sofia ausdrücklich bestätigen lassen, daß dieser sich streng im Rahmen der erteilten Instruktionen gehalten hat. Ich habe mir diese Bestätigung geben lassen, um der alles Maß übersteigenden Verlogenheit einer gewissen Presse entgegenzutreten. In freisinnigen und liberalen Blättern ist zum Kriege gegen Rußland gehetzt worden. (Redner verliest verschiedene Stellen.) Diese Blätter vertreten die Majoritätsparteien des Hauses und man kann gar nicht wissen, ob nicht auf Grund der in ihren Parteiorganen niedergelegten Auffassungen nach 3 Jahren diese Majorität kommt und erklärt: entweder Krieg gegen Rußland oder wir lehnen alles ab. Wir können nicht eben der Spannung mit Frankreich noch eine solche mit Rußland schaffen. Wenn wir von Rußland angegriffen werden, werden wir uns bis auf den letzten Blutstropfen verteidigen. Eine Nation, wie die deutsche kann nicht untergehen, aber wenn dies wirklich der Fall sein sollte, so ist es besser, in Ehren unterzugehen, als in Schanden. Aber wir wären thöricht, wenn wir ohne Not uns Feinde schaffen wollen. Es ist doch eigentümlich, daß gerade die Blätter der Parteien zum Kriege heizen, welche uns die Mittel zur Stärkung unserer Wehrkraft versagen. Abg. Windthorst bestreitet, daß man die Parteien für die Neußerungen der Presse verantwortlich machen könne. Die Presse wird selbst dagegen Widerspruch erheben. Ich für meine Person habe die bulgarische Politik Bismarcks gebilligt, ich hoffe, der Reichstag wird sich durch diese

Vorlesungen nicht beirren lassen. Redner erörtert dann eingehend die Verfassungsfrage und stellt in Abrede, daß nach der Verfassung der Kaiser ermächtigt sei, die Präsenzstärke des Heeres festzustellen, wenn hier kein Gesetz zu Stande komme. Reichskanzler Fürst Bismarck hält seine gegenteilige Ansicht unter Verlesung der einschlagenden Verfassungsbestimmungen aufrecht; jedenfalls bleibe es Sr. Maj. dem Kaiser unbenommen, sobald er vom Reichstage eine Ablehnung erfahren, beim preußischen Landtage seine Wünsche geltend zu machen. Wir halten an dem Septennat, das auf Grund eines Kompromisses entstanden, unbedingt fest. Die Reichstagsmehrheit will ihre Rechte aber auf Kosten der Regierung erweitern. Wir werden nicht müde werden, das Volk aufzuklären, Recht und Wahrheit müssen doch endlich siegen. Das Volk wird endlich begreifen, daß es sich um seine Sicherheit, seine Rechte, seine Freiheit handelt. Ich habe auch noch einen persönlichen Grund, für das Septennat zu sein; ich kann wohl noch drei Jahre leben, hoffe aber nicht auf 7 Jahre. Vielleicht werden sich dann Regierung und Reichstag besser vertragen. Kriegsminister Bronsart von Schellendorf tritt Ausführungen Richters über die französische Armeearganisation entgegen. Wenn die Franzosen ihre höhere Dienstzeit herabsetzen, so kann das doch kein Grund sein, unsere im Durchschnitt kürzere Dienstzeit zu ermäßigen. Was die finanziellen Interessen der Vorlage betrifft, so werden dieselben nicht erst vom Reichstage, sondern schon vom Reichsschatzamt und im Bundesrat gewürdigt. Auch vom Standpunkte des monarchischen Prinzips aus, auf dem die Erhaltung der Ordnung in Europa beruht, ist es geboten, zu verhindern, daß die Armee mehr und mehr vom Parlament abhängig wird. (Beifall.) Abg. v. Kardorff (freiton.) befürwortet das Septennat eindringlich. Die Aufreizungen der clerikalen und freisinnigen Presse haben in Rußland nicht wirkungslos bleiben können und es ist erklärlich, daß sie ein feindseliges Gefühl gegen Deutschland hervorriefen und dem panslavistischen Feuer neue Nahrung gaben. Abg. Bamberg (freis.): Nicht die freisinnige Partei will das Land des Septennates wegen in einen Wahlkampf stürzen, sondern die Regierung. Der Reichskanzler hat sich gesagt, daß er für die Neuwahlen einen Trumpf mehr gewinnen wird, wenn er die Militärfrage mit in die Wahlbewegung wirft. Darum soll der Reichstag aufgelöst werden. Die Mehrheit des Reichstages, der man zum Vorwurf macht, sie habe keine positiven Ziele, hat das sehr positive Ziel, die Rechte der Volksvertretung zu schützen. Die „Entrüsteten“ werden schon durch den nächsten Steuerzettel an ihre Entrüstung erinnert werden. (Beifall.) Die Debatte wird geschlossen. Die Abstimmung über §. 1 und die Weiterberatung wird auf Freitag mittag 1 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr.

14. Jan. Die Sitzung beginnt um 1 Uhr 25 Minuten sofort mit der Abstimmung. Magdzinski erklärt namens der Polen, dieselben würden jetzt mit dem Zentrum und den Deutschfreisinnigen stimmen und sich die spätere GesamtAbstimmung vorbehalten. Stauffenberg zieht seinen Hauptantrag zurück, welcher lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: §. 1 wie folgt zu fassen: Zur Ausführung der Art. 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1890 auf 441 200 Mann festgestellt. Für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1888 kann eine Erhöhung der Präsenzstärke bis auf 468 409 Mann eintreten. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Präsenzstärke nicht in Anrechnung. Die ordentliche Rekruteneinstellung bei der Infanterie erfolgt im Januar, sofern nicht bei der Etatsfestsetzung ein früherer Einstellungstermin vereinbart wird.“ Damit fällt auch der Antrag Payer. Stauffenberg hält seinen Unterantrag: „Der Reichstag wolle beschließen: für den Fall der Ablehnung des Antrags sub 1: in §. 1 der Regierungsvorlage a) statt „31. März 1894“ zu setzen: 31. März 1890; b) in Zeile 4 vor dem Wort „auf“ zu setzen „bis“, aufrecht. Richter zieht seinen Eventualantrag: „Der Reichstag wolle beschließen: für den Fall der Ablehnung des Antrags sub 1: in §. 1 der Regierungsvorlage eventuell folgenden Zusatz anzunehmen: „die ordentliche Rekruteneinstellung bei der Infanterie erfolgt im Januar, sofern nicht bei der Etatsfestsetzung ein früherer Termin vereinbart wird“ zurück. Helledorf erklärte, die konservative Fraktion werde alle gegen die Regierungsvorlage gerichteten Anträge ablehnen.

v. d. Decken (Welfe) erklärt: Seine politischen Freunde und er stimmten jetzt mit Anträgen der Freisinnigen und des Zentrums, bei der GesamtAbstimmung event. bei der dritten Lesung würden sie gegen das ganze Gesetz stimmen. Singer erklärt namens der Sozialdemokraten, daß diese sich in der zweiten Lesung der Abstimmung enthalten würden. Bei der Abstimmung wird der Zentrumsantrag Ballestrem und Genossen: „Der Reichstag wolle beschließen: den §. 1 des Gesetzes betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in folgender Fassung anzunehmen: „§. 1. Zur Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1890 auf 441 200 Mann festgestellt. Für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 31. März 1888 kann eine Erhöhung der Präsenzstärke bis auf 468 409 Mann eintreten. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Präsenzstärke nicht in Anrechnung“ abgelehnt. Für denselben stimmten das Zentrum und die Polen. **Darauf wurde der Antrag Stauffenberg in namentlicher Abstimmung mit 186 gegen 154 Stimmen angenommen.** Dafür stimmten geschlossen das Zentrum, die Deutschfreisinnigen, die Volkspartei und die Welfen, dagegen die beiden Fraktionen der Rechten, die Nationalliberalen, die Abgg. Haeck, Antoine, Frhr. Zorn v. Bulach, Johannsen (Däne) und die Sozialdemokraten, die übrigen Elsäßer enthalten sich der Stimmabgabe. Es folgt nun der Namensaufruf über den nach Antrag Stauffenberg formulierten §. 1. Nach der ersten namentlichen Abstimmung erscheint Fürst Bismarck im Saale. Bei der zweiten namentlichen Abstimmung wird §. 1 in jetziger durch Stauffenberg amendierter Fassung mit 183 gegen 154 Stimmen angenommen. Die Abstimmungsgruppen waren dieselben wie vorher. Vorher enthielten sich 28, jetzt 31 Mitglieder der Abstimmung. Hierauf erhebt sich der Reichskanzler Fürst Bismarck und spricht: Ich habe dem Reichstag eine kaiserliche Botschaft mitzuteilen. (Die Mitglieder erheben sich.) **Wir Wilhelm u. s. w. verordnen auf Grund des laut Artikel 24 der Reichsverfassung vom Bundesrat unter Unserer Zustimmung gefaßten Beschlusses im Namen des Reiches: Der Reichstag wird hiermit aufgelöst** (vereinzelter Beifall). Dann fährt der Reichskanzler fort: Auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung erkläre ich hiermit im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl des Kaisers die Sitzungen des Reichstages für geschlossen. Präsident v. Wedell-Piesdorf bringt ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus. Dann trennen sich die Mitglieder. Schluß 2³/₄ Uhr.

Berlin, 14. Jan. Die Kaiserliche Verordnung setzt die Reichstagswahlen auf den 21. Februar an.

Landesnachrichten.

— Bei der im Dezbr. v. J. an den Lehrwerkstätten für Hufschmiede in Hall, Heilbronn, Ravensburg, Reutlingen und Ulm abgehaltenen Prüfung im Hufbeschlag bestanden u. A. mit Erfolg und haben dadurch den Nachweis der Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes erbracht: Chr. Bonasch von Döbernhardt und Fr. Knauf von Strümpfelbach, DA. Waiblingen.

— Im Bezirk Ludwigsburg hat der Schneeeindruck einen Schaden von ca. 130,000 Mark angerichtet.

— Vom Welzheimer Wald wird der Ritzg. geschrieen: Gegenwärtig hat man Gelegenheit, billiges Wildbret zu erhalten. Hasen kostet man per Stück um 2 Mk resp. 1 Mk 80 S, Rehfleisch zu 50 Pfennig das Pfund. Wenn die Jagdpächter nicht Fütterungsstationen anlegen, wie dies von überall her gemeldet wird, dann werden die Rehe und Hasen, die absolut keine Nahrung finden und bei anhaltender kalter Witterung und diesem Schnee verhungern müssen, im kommenden Frühjahr sehr selten sein. Die Rehbühner gehen ohnedies alle zu Grunde.

— In Craillsheim verunglückte in der Breuning'schen Gipsfabrik der dort beschäftigte 53 Jahre alte verheiratete Tagelöhner G. Messer; derselbe wurde vom Transmissionsriemen erfasst und augenblicklich getötet. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 3 Kindern.

Tagesberichte.

Bar men, 13. Jan. Eine entsetzliche Bluttat wurde gestern Abend hier verübt. Der in dem Arbeiterviertel auf Westtotten wohnhafte Besenbinder Gerzenbruch geriet um 9 Uhr Abends mit dem bei ihm im Hause wohnenden Maurer Kessler, der früher schon häufig, in Streit. Es kam wiederum zu einer gegenseitigen Balgerei, bei der die Frau des Besenbinders ihren Mann insofern unterstützte, als sie ihm ein langes, scharfes Besenmesser reichte, mit welchem Gerzenbruch seinem unglücklichen Gegner den Hals abschchnitt, so daß der Tod fast augenblicklich eintrat. Das Haus wurde nun von den übrigen Bewohnern und Nachbarn umstellt, um das Entfliehen des Mörders zu verhindern, der bald darauf von der Polizei verhaftet wurde.

— Die Ziehung der Ködler Dombaulotterie, welche am vergangenen Donnerstag hätte beginnen sollen, ist auf Mitte März verschoben worden.

Strasburg, 14. Jan. Die Elsas-Lothr. Landeszeitung veröffentlicht einen Auszug aus einer Verfügung der Landesregierung, wonach französische Militärpersonen, gleichgiltig, ob sie der aktiven Armee, Reserve oder Territorialarmee angehören, nur auf Grund einer Erlaubnis des Kreis- oder Polizeidirektors in dem Reichsland sich aufhalten dürfen. Die Erlaubnis ist nur wegen Familien- oder Vermögensangelegenheiten erteilbar.

London, 12. Jan. Lord Jddesleigh erkrankte heute Nachmittag plötzlich, als er eben im Begriffe war, die Treppe zu Lord Salisbury's Amtswohnung in Downing-Street hinaufzugehen. Sofort in ein Zimmer Salisbury's gebracht, starb Jddesleigh nach wenigen Minuten, nachdem sein Sohn zwei Aerzte herbeigerufen. Lord Jddesleigh hatte seit vielen Jahren ein Herzleiden.

— Der bekannte Pistolenschütze Job in London hatte am 6. Januar mit mehreren Herren des Jockey-Klubs gewettet, daß es ihm trotz des Morgennebels gelingen werde, 12 Tauben im Fluge zu treffen. Zu diesem Zwecke begab er sich am nächsten Tage um 7 Uhr früh in seinen Garten, scheuchte die Tauben aus dem Schlege auf und erlegte binnen wenigen Minuten das Duzend. Auf das Knallen der Schüsse kam die junge Gattin Job's hinzu und als sie ihre kleinen Lieblinge blutend im Schnee liegen sah, war sie so empört, daß sie den Gatten verließ und zu ihren Eltern zurückkehrte. Job aber zog sich in sein Zimmer zurück und verfaßte ein Schreiben, in dem er erklärte, daß eine Frau, die seine Kunst nicht anerkenne, nicht würdig sei, seinen Namen zu tragen und zerschmetterte sich hierauf mit einem Schusse die Hirnschale.

Gemeinnütziges.

— (Erfrorene Hände und Füße.) Einem der wirksamsten Mittel gegen erfrorene Hände und Füße ist das folgende: Man kauft in der Apotheke gereinigtes Baumharz, bricht es in kleine Stücke und füllt damit eine ziemlich große Obertasse zur Hälfte. Darauf gießt man, bis die Tasse gefüllt ist, reines Provençeröl und läßt diese Mischung im heißen Ofen zergehen. Sodann wird die Mischung gut untereinandergerührt und an einem kühlen Orte steif werden gelassen. Sind die Hände bereits aufgesprungen dann empfindet es sich, die weiche Salbe auf einen Leinwandstreifen zu streichen und die tranken Glieder damit einzuschlagen, sind die Glieder nur rot und geschwollen, dann genügt es, die erfrorenen Stellen mit der Salbe einzureiben.

Frankfurter Goldkurs
vom 14. Jan. 1887. Rmt. Pfg.

Dukaten	9 60—65
20-Frankenstücke	16 10—14
Englische Sovereigns	20 31—36
Russische Imperiales	16 62—68
Dollar in Gold	4 16—19

**Gedenket
der armen Vögelein.**